

**38/I/2021 AG SPD 60plus Brandenburg, ASG Brandenburg
Nachbarschaftshilfe für Pflegebedürftige verbessern**

Beschluss: Annahme

Die SPD-Mitglieder der Landesregierung und die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass innerhalb der Pflege vor Ort ein niedrighschwelliges Angebot der Nachbarschaftshilfe für Pflegebedürftige aufgenommen wird. Dadurch könnte deren Lage weiter verbessert werden. Diese Initiative soll vor allem bestehende Lücken füllen, wenn ambulante Dienste über keine Kapazitäten mehr verfügen. Für ihre Tätigkeit, die z.B. die Erledigung von Einkäufen, von Behördengängen und Vorlesen beinhaltet, üblicherweise subsu- miert unter dem Begriff der Unterstützung der Selbständigkeit im Alltag, würden die Einzelhelfer als Bezahlung bis zu 125 € aus dem von den Pflegekassen zur Verfügung gestellten Entlastungsbetrag erhalten. Die Nachbar- schaftshelfenden erfüllen keine Pflegeaufgaben und sind damit auch keine Konkurrenz zu den professionellen Pflegediensten.

Überweisen an

Landesregierung, Landtagsfraktion

Stellungnahme(n)

Votum der Landtagsfraktion: in Bearbeitung

Der Punkt wurde schon im Januar 2020 zwischen dem SPD AK3 „Soziales & Gesundheit“ und den Brandenburger SPD AGs diskutiert, u.a. im Zusammenhang mit dem Vorstoß aus Mecklenburg-Vorpommern, wo Pflegebedürftige mit Pflegebetrag Null 125 € beantragen können. Das MSGIV lehnt diesen Vorschlag ab, beruft sich dabei auf die Fachstellen Altern und Pflege im Quartier (FAPIQ), die laut dem Koalitionsvertrag weiter ausgebaut werden sollen. FAPIQ berät alle in Brandenburg anerkannten alltagsunterstützenden Angebote und deren Fachkräfte bei der Entwicklung, Erprobung und Abrechnung entsprechend innovativer Angebotsformen. Der AK3 sieht die Idee der Nachbarschaftshilfe ebenfalls als noch nicht ausgereift. Demnach zeigen Gespräche mit Rettungsdiensten, dass mitunter Leute in einem schlimmen Zustand aus ihren Wohnungen geholt werden, die offiziell von Nachbarn betreut werden und wo Pflegegeld geflossen ist. Es braucht eine Absicherung, dass das Geld einer „Nachbarschaftshilfe“ auch richtig eingesetzt wird.